



Presseinformation

Nr. 166 / 2013

Hochschule / Lehramtsausbildung

Kiel, Donnerstag, 11. April 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Die Landesregierung untermauert ihre Planlosigkeit bei der Reform der Lehramtsausbildung

Zur heutigen (11. April 2013) Anhörung im Bildungsausschuss über die Weiterentwicklung der Lehramtsstudiengänge in Flensburg und Kiel erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die FDP-Fraktion sieht keine Notwendigkeit und auch keine nachvollziehbare Begründung dafür, in Schleswig-Holstein von der schulartbezogenen Lehramtsausbildung abzurücken. Reformbedarf ist bei der Lehramtsausbildung angesichts der Schulreform der damaligen schwarz-roten Koalition zwar unbestritten vorhanden: Eine Anpassung der Lehramtsausbildung an unser Schulsystem ist dringend notwendig, und wir teilen auch die Ansicht, dass mehr Praxisbezug und eine bessere Vorbereitung auf die Vermittlung des Lernstoffs vonnöten sind. Die Lehramtsausbildung muss sich jedoch am Schulsystem orientieren und nicht andersherum. Oberstes Ziel der Ministerin ist aber offenbar nicht die Verbesserung der Lehramtsausbildung und der Unterricht an den Schulen, sondern vielmehr die Zusammenführung von Gemeinschaftsschulen und Gymnasien.

Darüber hinaus hat die Landesregierung ihre Planlosigkeit bei der Umsetzung der Reform der Lehramtsausbildung eindrucksvoll untermauert. Die Anhörung hat gezeigt, dass die Landesregierung noch immer keine Antworten auf die zentralen Fragen zur geplanten Reform hat. Die Landesregierung konnte zum Beispiel nicht erklären, was eine ‚nennenswerte‘ Anzahl von Fächern für den Oberstufen-Unterricht in Flensburg sein soll, woher sie die für die Universität Flensburg notwendigen zusätzlichen Mittel nehmen will und wie unnötige Doppelstrukturen innerhalb des Landes vermieden werden können. Angesichts der chronischen Unterfinanzierung unserer Hochschulen und der schwierigen Haushaltslage kann es sich das Land nicht leisten, andauernd neue vermeidbare Ausgaben im Etat der Bildungsministerin zu verursachen. Das Land muss auf eine effiziente Verwendung der begrenzten Mittel achten. Mit großer Sorge erfüllt uns deshalb ganz besonders die Tatsache, dass Ministerin Wende trotz mehrmaligen Nachfragens keine Antwort darauf geben konnte, wie denn eine Besoldungsanpassung, die zwangsläufig notwendig würde, wenn alle Lehrer die

angeblich gleichen Studien- und Arbeitsleistungen erbringen sollen, aus dem Landeshaushalt finanziert werden soll. Erschreckenderweise wurde diese elementare Frage von den Koalitionsvertretern sogar als nachrangig abgetan.

Die Anhörung hat zudem offenbart, dass die Lehramtsausbildungen in Kiel und Flensburg zukünftig zwar zum gleichen Abschluss führen, sich aber inhaltlich deutlich unterscheiden sollen. Wozu dies später in der Praxis führen würde, kann sich bereits heute jeder vorstellen. Die Ministerin hat mit ihren übereilten Zusagen zwar immerhin die zeitweise erhitzten Gemüter in Flensburg beruhigen können und die beiden Universitäten an einen Tisch gebracht, aber alles, was bisher bekannt geworden ist, ist entweder wenig oder überhaupt nicht durchdacht. Eine am besseren Unterricht orientierte und wirklich sinnvolle Reform ist dieser bisherige Blumenstrauß an Überlegungen mitnichten."